



Brüssel, Juli 2022

Eine nachhaltige Demografie in einer nachhaltigen Umwelt

Unsere Antwort auf die demografischen Herausforderungen

Auf EU-Ebene stellt der demografische Wandel eine der größten Herausforderungen für die Zukunft Europas dar, mit einer Komplexität, die mit der grünen und der digitalen Transformation vergleichbar ist¹.

Europa ist wie der Rest der Welt mit einer Abfolge von Krisen konfrontiert: die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, der Klima- und Umweltnotstand, die Gesundheitskrise 2020/2021 mit der damit verbundenen sozioökonomischen Krise sowie die Folgen des Krieges in der Ukraine. All das hat für die EU unmittelbar oder indirekt gravierende Auswirkungen auf die demografische Perspektive. Wir müssen auch dafür sorgen, dass eine andere demografische Realität innerhalb der EU nicht zu einer Polarisierung führt und den inneren Zusammenhalt belastet.

Um Europa eine nachhaltige Zukunft zu bieten, müssen wir eine integrierte und umfassende Lösung suchen. Das Ökosystem, das wir aufbauen, soll der nächsten Generation eine bessere Welt bieten. Darüber hinaus sollten wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für **eine nachhaltige Demografie in einer nachhaltigen Umwelt** entscheiden.

Demografische Herausforderungen betreffen alle Dimensionen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Gleichzeitig erleben wir weltweit einen Konkurrenzkampf, der Aspekte aus Wirtschaft, Nahrungssicherheit, Klima, Verteidigung und Sicherheit sowie Technologie umfasst. Die demografische Nachhaltigkeit ist ein Aspekt, der alle großen Akteure betrifft. Um „unser“ europäisches Modell zu sichern und weiter zu verbessern, sollten wir jetzt für die kommenden Generationen handeln.

¹ In der Europäischen Kommission ist Demografie ein relativ neues Ressort, für das es keine spezifischen Dienststellen gibt. Allerdings ist in den verschiedenen Kommissionsdienststellen viel Fachwissen zu diesem speziellen Thema vorhanden.

Demografisch gesehen ist die EU mit einem Durchschnittsalter von fast 44 Jahren ein alter geopolitischer Raum. Man hat in den letzten 20 Jahren eine Zunahme der Bevölkerung 65+ festgestellt, die in einigen Regionen der EU ein Viertel der Einwohner ausmacht.

1. Aktueller Stand der EU-Demografie.....	3
2. Herausforderungen für die Demografie der EU.....	4
- Die territoriale Dimension der Demografie einschließlich der Rolle des Bevölkerungsrückgangs ..	4
- Schlüsselfaktoren, die den demografischen Wandel in den Regionen der EU beeinflussen	6
3. Die Rolle der Instrumente der Kohäsionspolitik bei der Bewältigung des demografischen Wandels	9
4. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf unsere soziale Marktwirtschaft	11
- Eine bessere Einbeziehung von Frauen, Behinderten und älteren Menschen	11
- Regionale Aspekte der Alterung und des demografischen Wandels	12
- Mobilität, Migration und Integration in Europa	13
- „Braindrain“ – die lokale, regionale, nationale, europäische und globale Dimension	14
- Dynamik in städtischen Gebieten versus Dynamik in ländlichen Gebieten	16
5. Die Rolle der Demografie beim Übergang zu nachhaltigen Gesellschaften: der doppelte Übergang – grün und digital	18
6. Die Geopolitik der Demografie – die EU in der Welt	20
Quellenangaben.....	22

1. Aktueller Stand der EU-Demografie

Demografie ist eine wichtige globale Entwicklung. Der demografische Wandel prägt und gestaltet die soziale, wirtschaftliche und territoriale Landschaft. Die Hauptdimensionen einer politischen Debatte im Zusammenhang mit der Demografie sind miteinander verknüpft:

- Das erste Schlüsselthema bezieht sich auf die **Lebensqualität**, vom Kindesalter bis ins hohe Alter. Der Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen muss allen Menschen zur Verfügung stehen. Beschäftigungspolitische Maßnahmen und Arbeitsumgebungen sollten an die Bedürfnisse sowohl junger als auch älterer Arbeitnehmer angepasst und einer gesunden und aktiven Alterung förderlich sein.
- Die Frage nach **Freizügigkeit und Mobilität** stellt sich, wenn es um Regionen mit Bevölkerungsrückgang vs. Regionen mit Bevölkerungswachstum geht. Das gilt insbesondere in Regionen mit schrumpfender Bevölkerung mit niedrigem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ohne angemessene Unterstützungsmaßnahmen werden sie auf große Schwierigkeiten stoßen, z. B. bei der Bewältigung des „Braindrains“ oder der Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Gleichstellung der Geschlechter.
- Ein drittes Element geht auf die Dimension **ländliche vs. städtische Gebiete** ein, mit Folgen für die Digitalisierung, einschließlich TIKTM (Telearbeit und IKT-basierte mobile Arbeit) und Umweltfragen zur nachhaltigen und effizienten Landnutzung im Zusammenhang mit dem europäischen Grünen Deal.
- Ein viertes Schwerpunktthema bezieht sich auf die **Alterung der Gesellschaft** und den Zustand der sozialen Infrastruktur sowie auf so sensible Themen wie Migration oder öffentliche Gesundheits- und Rentensysteme. Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Langlebigkeit und sozialem Status, was eine Bewältigung der demografischen Herausforderungen mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen erfordert, z. B. angemessener Mindestlohn und Renten. Vor diesem Hintergrund müssen wir über die Nachhaltigkeit der derzeitigen sozialen Infrastruktur, des öffentlichen Gesundheitswesens und der Rentensysteme diskutieren.

Die längere Lebenserwartung ist eine große Errungenschaft des Fortschritts im Gesundheitswesen und der wirtschaftlichen Entwicklung, die die Finanzierung einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung belastet, insbesondere da die Behandlungen immer ‚alltäglicher‘ werden, der Bedarf an langfristiger medizinischer Hilfe mit dem Alter zunimmt und die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit älterer Menschen abnimmt. Die EU-Bevölkerung ist heute die älteste der Welt². Zudem stellt sich die Frage, ob der Fortschritt bei der Lebenserwartung in der EU mit Fortschritten bei einer gesunden Lebenserwartung einhergehen kann. Das ist eine Herausforderung. Dafür brauchen wir auch bessere Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für medizinisches und Hilfspersonal. Da informelle Pflege derzeit ein Eckpfeiler aller Pflegesysteme in der Europäischen Union ist, sollten wir ihren Wert anerkennen und den sozialen Schutz und verschiedene Formen der Unterstützung für informelle Pflegekräfte verbessern.

Ein längeres Leben in besserer Gesundheit schafft zweifelsohne neue Möglichkeiten für die Teilhabe und Einbeziehung älter werdender Menschen in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen ihre Bemühungen zur

² Demografischer Ausblick für die Europäische Union (Studie des Europäischen Parlaments, 2021).

Bekämpfung von Alters- und intersektioneller³ Diskriminierung verstärken, speziell im Bereich der Beschäftigung und in Bezug auf Finanzprodukte und -dienstleistungen, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ausbildung und Freizeit.

Darüber hinaus hängt eine lange Lebenserwartung vom sozioökonomischen Kontext ab. So lassen z. B. gute Wohnverhältnisse, Ernährung und Lebensweise die Menschen ein gesundes längeres Leben erwarten.

- Demografie ist eine wichtige globale Entwicklung.

- Die wichtigsten politischen Herausforderungen sind miteinander verknüpft, wie z. B. Fragen der Lebensqualität, Freizügigkeit und Mobilität, ländliche vs. städtische Gebiete sowie die Alterung der Gesellschaft.

2. Herausforderungen für die Demografie der EU

- Die territoriale Dimension der Demografie einschließlich der Rolle des Bevölkerungsrückgangs

Die Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, der Zivilgesellschaft im Allgemeinen, KMU und Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen könnte helfen, einzigartige territoriale Potenziale freizusetzen, da für unterschiedliche Arten von Gebieten maßgeschneiderte Lösungen benötigt werden. Die EU hat verschiedene Arten von Gebieten wie Hauptstadtregionen, Metropolregionen, kleine und mittelgroße Städte, funktionale städtische Gebiete, ländliche Gebiete, innere Randgebiete, Randgebiete, die nördlichsten besonders dünn besiedelten Gebiete, Inseln, Küstengebiete, Berggebiete, Regionen in äußerster Randlage, grenzübergreifende Regionen, Makroregionen, Gebiete mit Bevölkerungsrückgang und Gebiete im wirtschaftlichen und industriellen Wandel. Sie alle haben unterschiedliche Entwicklungspotenziale und Herausforderungen. Das eigentliche Ziel aller öffentlichen Maßnahmen sollte es sein, das Wohlergehen und die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger zu steigern.

Trotz oft niedrigerer Lebenshaltungskosten, mehr verfügbarem Platz, einer weniger verschmutzten Umwelt und einem weniger stressigen Lebensstil erleben ländliche, vor allem abgelegene und grenznahe Gebiete einen wirtschaftlichen Abschwung.

Landbewohner verlassen möglicherweise ihre Gebiete, während keine neuen Einwohner sich dort niederlassen – wegen fehlender Arbeits-/Bildungsmöglichkeiten oder Karriereaussichten, mangelhafter Infrastruktur, Schwierigkeiten beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Transport und schnelles Breitband, wegen

³ Intersektionelle Diskriminierung liegt vor, wenn zwei oder mehrere Gründe gleichzeitig wirken und untrennbar zusammenwirken und so unterschiedliche und spezifische Formen der Diskriminierung erzeugen.

leistungsschwacher lokaler Wirtschaften und mangelnder Kultur-/Freizeiteinrichtungen. Das trägt zu Gentrifizierung, sozialer Ausgrenzung und Armutsgefährdung (im Vergleich zu vielen städtischen Gebieten) bei.

Die EU-Strukturfonds sollen Abhilfe schaffen. Der Mangel an Leistungsfähigkeit, Steuerung und Innovation in vielen lokalen und regionalen Behörden ist jedoch oft ein großes Hindernis, wenn es darum geht, erfolgreich Unterstützung durch die oben genannten Fonds zu beantragen.

Ländliche Räume sollten durch eine Veränderung/Modernisierung ihrer Infrastruktur wiederbelebt werden, um Sozial- und Gesundheitsvorsorgeleistungen an die Bedürfnisse aller, insbesondere von Frauen, Senioren und Familien mit Kindern, anzupassen. Zudem sollten dadurch Mittel bereitgestellt werden, um die Verfügbarkeit von häuslicher Pflege und eine allgemeine Gesundheitsversorgung für ältere Menschen zu gewährleisten, unabhängig von ihrem Einkommen, Alter und sozialen Status, um die Entvölkerung ländlicher und abgelegener Gebiete zu verhindern.

Zudem könnte die Initiative Smart Villages, die von der Politik fordert, der Überwindung der digitalen Kluft zwischen ländlichen und städtischen Gebieten besondere Aufmerksamkeit zu widmen und ein Potenzial zu erschließen, das sich durch die Vernetzung und Digitalisierung ländlicher Räume bietet (z. B. durch die Schaffung öffentlicher Coworking-Spaces zur Erleichterung der Telearbeit), zur Wiederbelebung dieser Gebiete beitragen. Vor allem die digitale Konnektivität ist ein Schlüsselfaktor für die Diversifizierung wirtschaftlicher Aktivitäten, der sich positiv auf die Beschäftigung auswirkt. Darüber hinaus könnten Forschung und Innovation – durch die Entwicklung eines starken Ökosystems mit öffentlichen und privaten Akteuren – zu den Bemühungen ländlicher Gemeinden beitragen. Dörfer und Kleinstädte sind Katalysatoren für die ländliche Entwicklung und sollten durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) unterstützt werden, der auch zur Befriedigung der Bedürfnisse der ländlichen Gebiete und insbesondere der Frauen in diesen Gebieten beitragen sollte. Folglich müssen im Rahmen des ELER Dienstleistungen und Infrastrukturen zur Förderung der sozialen und digitalen Eingliederung gestärkt werden, die die Entwicklung des ländlichen Raums fördern sollen, z. B. portalbasierte Dienste. Das wird bestehenden ländlichen Unternehmen dabei helfen, sich besser mit ihren städtischen Pendanten zu vernetzen. Wir heben die Notwendigkeit hervor, die Fernbetreuung und das Potenzial von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu fördern, Gesundheitsdienstleistungen und andere Unterstützungsdienste (eventuell auch soziale Unterstützungsdienste) aus der Ferne bereitzustellen. Auf diese Weise könnten ländliche und dünn besiedelte/entvölkerte Gebiete durch eine vorbereitende Hilfestellung durch digitale Werkzeuge erreicht werden.

Die Mitgliedsstaaten und Regionen sollten innovative Konzepte für den öffentlichen Personennahverkehr entwickeln, um *unter anderem* der Herausforderung sinkender Fahrgastzahlen, fehlender Infrastruktur und qualitativ hochwertiger Verkehrsdienste zu begegnen, vor allem in diesen ländlichen und abgelegenen Gebieten. Das führt dazu, dass die Leute ihre privaten Fahrzeuge nutzen, was sich auf die Konnektivität und die sozioökonomische Entwicklung der Regionen auswirkt. Wir müssen Investitionen in eine

nachhaltige alternative Verkehrsinfrastruktur ankurbeln und gleichzeitig den Kauf emissionsarmer und emissionsfreier Fahrzeuge unterstützen. Die Zugänglichkeit, Nähe, Erreichbarkeit und Qualität öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen sind von größter Bedeutung für die Lebensqualität, die soziale Eingliederung und die Gleichstellung der Geschlechter und mildern die Auswirkungen des demografischen Wandels. Die Notwendigkeit höherer Kosteneffizienz und effizienter Verwaltung kann an bestimmten Orten zur Einstellung von Diensten führen. Wenn nicht genügend Menschen in der Region leben, besteht die Gefahr, dass Dienstleister, Unternehmen und soziale Aktivitäten in Gebiete mit besserem Zugang verlagert werden. Neue Technologien für Online-Dienste können die Anfälligkeit abgelegener und entvölkerter Gebiete für einen derartigen Umsiedlungsdruck verringern. Die Bedeutung des direkten persönlichen Kontakts und des würdevollen, menschenorientierten Zugangs sollte aber weiterhin eine große Rolle spielen.

Entvölkerung wie auch dicht besiedelte Gebiete schaffen Herausforderungen, die die Kohäsionspolitik angehen muss, nämlich die Verkehrs-, Energie-, Wohn- und Arbeits-, digitale und soziale Infrastruktur entsprechend anzupassen.

- Schlüsselfaktoren, die den demografischen Wandel in den Regionen der EU beeinflussen

Die Attraktivität einer bestimmten Region ist wichtig, wenn es darum geht, die vorhandenen Einwohner zu halten und neue anzuziehen. Lokale und regionale Wirtschaften in der EU sind in hohem Maß miteinander verbunden und voneinander abhängig. Die Wirtschafts- und Beschäftigungsaussichten werden von unterschiedlichen Bedingungen beeinflusst, auf die die lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Entscheidungsträger möglicherweise keinen Einfluss haben. Einige Orte haben tendenziell eine bessere Wirtschaftsleistung und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten. Das stärkt die relative Position besser gestellter Orte und verstärkt Ungleichheiten und Ungleichgewichte. Die zunehmenden Unterschiede zwischen blühenden (oft großstädtischen) Gebieten, die eine junge dynamische Bevölkerung anziehen, und (oft ländlichen) Gebieten mit rückläufiger Entwicklung, in denen hauptsächlich ältere Menschen zurückbleiben, zu verstehen und zu begreifen, wie und warum regionale Bedürfnisse, ausgelöst durch den demografischen Wandel, zwischen Territorien erheblich voneinander abweichen, ist von entscheidender Bedeutung, um zu gewährleisten, dass die EU-Politiken die Realität vor Ort widerspiegeln und auf lokale Anforderungen in einer Weise reagieren, die für alle Regionen und Orte gerecht und ausgewogen ist, und um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird.

Die COVID-19-Pandemie hat viele Schwachstellen der Mitgliedsstaaten und Regionen offengelegt. Sie hat – einmal mehr – Licht auf den Mangel an angemessenem Wohnraum, hochwertigen Pflegeeinrichtungen und ausreichenden Unterstützungsdiensten geworfen, beispielsweise im Fall der psychischen Gesundheit. Im Vergleich zu ländlichen Gebieten bieten Städte und Vororte einen besseren Zugang zu Dienstleistungen für alle Altersgruppen. Das gilt insbesondere für größtenteils unbewohnte und verstreute ländliche Gebiete, wo die Menschen erheblich längere Entfernungen zurücklegen müssen, um eine Einrichtung zu erreichen. Daher ist die Verfügbarkeit einer grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung

ein wichtiges Element, um die Zusammenarbeit zwischen Regionen weiter zu verbessern, indem die Frage gerechter und gleicher Wettbewerbsbedingungen angegangen wird.

Umfragen⁴ zufolge stieg die Zahl der Todesfälle im Vergleich zu früheren Zeiträumen hauptsächlich in Mitgliedsstaaten in abgelegenen Gebieten mit weniger entwickelten Gesundheitssystemen sowie in städtischen Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte und einem hohen Maß an Interaktion. Darüber hinaus hat die COVID-19-Krise spezifische Risiken für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen und die Unzulänglichkeit der Altenpflege in vielen EU-Mitgliedsstaaten offenbart.

Die demografischen Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten und Regionen sollten statistisch erfasst werden; lokale, regionale und nationale Datenbanken zur demografischen Entwicklung müssen zuverlässig und vergleichbar sein, damit die Daten auf EU-Ebene ausgewertet werden können und der Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedsstaaten, Regionen und Gemeinden gefördert werden kann. Für eine effizientere und objektivere politische Verwaltung müssen Statistiken aktuell und nach Geschlecht und Alter aufgeschlüsselt sein (z. B. sozioökonomischer Hintergrund, Behinderungsstatus). Das gilt insbesondere für ein detaillierteres Verständnis der wesentlichen Merkmale der verschiedenen EU-Gebiete, was für die Entwicklung politischer Maßnahmen von Bedeutung ist. Alterung und Entvölkerung erfordern eine objektive, gründliche und umfassende Neubewertung etablierter Politiken und Programme, wie z. B. Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Verkehrspolitiken und -programme, die eine langfristige Perspektive beinhalten müssen. Besonders die Alterung der Bevölkerung hat Auswirkungen auf die Bereitstellung sozialer Infrastruktur wie Rentensysteme, Pflege und Gesundheitsversorgung, wobei lokale, regionale und nationale Behörden wechselnde Anforderungen verschiedener Bevölkerungsgruppen erfüllen müssen. Die Frage des gesunden Alterns wird immer wichtiger, und es wird erwartet, dass der positive Trend der höheren Lebenserwartung auch dank der modernen Medizin und besserer Bildung anhalten wird.

Darüber hinaus muss die Europäische Kommission den Demografischen Verwundbarkeitsindex verbessern und alle fünf Jahre aktualisieren, um aufzuzeigen, welche Regionen in der EU besonders anfällig für den demografischen Wandel sind.

Wie COVID-19 gezeigt hat, sind öffentliche Investitionen in soziale und öffentliche Gesundheits- und Pflegesysteme, die für alle gleichermaßen zugänglich sind, und speziell in die Erforschung des Potenzials der E-Health (auf elektronischer Datenverarbeitung basierende Gesundheit), von größter Bedeutung: Die Mitgliedsstaaten und Regionen sollten sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten eine gute Gesundheitsversorgung sicherstellen, z. B. durch die Bereitstellung regionaler medizinischer Gateway-Kliniken und Gesundheitsdienste, die der Entstehung „medizinischer Wüsten“ entgegenwirken können. Darüber hinaus kann man in Grenzregionen durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Kliniken und/oder Interessensgruppen durch die Strukturfonds verschiedene Maßnahmen fördern, z. B. im Bereich der Telemedizin oder in Bezug auf die reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte von Frauen, oder aktives Altern unterstützen.

⁴ Wie Fußnote 2.

Daher sollten auf EU-Ebene Netzwerke für den Austausch von bewährten Verfahren und Erfahrungen geschaffen werden, an denen lokale, regionale und nationale Behörden sowie die Zivilgesellschaft teilnehmen. Die territoriale Entwicklung auf der Grundlage gemeinsamer Ziele ist unentbehrlich, um die Widerstandsfähigkeit von Gemeinden, Regionen und Mitgliedsstaaten im Wiederaufbauprozess zu erhöhen. Eine verstärkte Abstimmung auf allen geografischen und Verwaltungsebenen ist notwendig, um positive Zukunftsperspektiven für alle Menschen zu gewährleisten, damit niemand zurückgelassen wird.

Orte mit „gemeinsamen Herausforderungen“ könnten zusammenarbeiten, um „gemeinsame Lösungen“ zu finden, wie z. B. die EU-Städteagenda, ein integrierter und koordinierter Ansatz zum Umgang mit der städtischen Dimension, der darauf abzielt, die Lebensqualität in städtischen Gebieten zu verbessern. Zudem können sie den nationalen, regionalen und lokalen Behörden durch die Beteiligung an den Säulen der Agenda (bessere Rechtsetzung, bessere Förderung und besseres Wissen) helfen.

- Die EU besteht aus vielen verschiedenen Arten von Gebieten mit unterschiedlichen Potenzialen und Herausforderungen. Die Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Zivilgesellschaft im Allgemeinen, Klein- und Mittelbetrieben und Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen könnte dazu beitragen, das einzigartige territoriale Potenzial freizusetzen.

- Die Zugänglichkeit, Nähe, Erreichbarkeit und Qualität öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen ist von größter Bedeutung für die Lebensqualität und die soziale Eingliederung und mildert die Auswirkungen des demografischen Wandels.

- Die EU-Strukturfonds spielen eine positive Rolle. Der Mangel an Leistungsfähigkeit und Steuerung in vielen lokalen und regionalen Behörden ist jedoch oft ein großes Hindernis.

- Das Verständnis der zunehmenden Unterschiede zwischen blühenden und rückläufigen (oft ländlichen) Gebieten ist wichtig, um zu gewährleisten, dass die EU-Politiken auf die Realität vor Ort eingehen. Die demografischen Entwicklungen in den Regionen der Mitgliedsstaaten sollten statistisch zuverlässig und vergleichbar erfasst werden, damit die Daten auf EU-Ebene ausgewertet werden können.

- Die COVID-19-Pandemie hat Schwachstellen der Mitgliedsstaaten und Regionen offengelegt. Kontinuierliche öffentliche Investitionen in soziale und öffentliche Gesundheits- und Pflegesysteme, insbesondere in E-Health, sind von größter Bedeutung.

3. Die Rolle der Instrumente der Kohäsionspolitik bei der Bewältigung des demografischen Wandels

Wir fordern einen proaktiveren Ansatz bei der Gestaltung der Bevölkerungspolitik.

Die Artikel 3, 174, 175 und 349 AEUV fördern eine ausgewogene und harmonische Entwicklung zwischen und in den Mitgliedsstaaten, Regionen, Städten und Gemeinden und sichern die „Zukunft“ für alle Orte und Menschen in der EU. Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt fördern die Annäherung, bauen eine integrative und nachhaltige Zukunft auf und verringern Ungleichheiten zwischen bessergestellten und rückständigen Orten. Zu diesem Zweck müssen Sektorpolitiken, lokale, regionale, nationale, EU- und andere Behörden sowie verschiedene Interessensgruppen gemeinsam an der Entscheidungsfindung teilnehmen, sowohl in Bezug auf die Bevölkerungsalterung als auch auf den Bevölkerungsverlust.

Obwohl die EU-Strukturfonds hauptsächlich zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, zur Bekämpfung der sozialen Kluft, zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Menschen und zur Unterstützung wesentlicher Teile des europäischen Green Deals genutzt werden, könnten sie – auch in Kombination mit anderen EU-Fonds – dazu dienen, Probleme anzugehen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Gemeinsame Lösungen und Synergien können durch die Umsetzung von EU-Politiken gefunden werden, auch wenn es um den demografischen Wandel geht. Daher wird eine größere Flexibilität innerhalb der Strukturfonds begrüßt, die es den Mitgliedsstaaten ermöglicht, ihre Prioritäten durch die Ausarbeitung ihrer Programme festzulegen. Darüber hinaus ist eine bessere Koordinierung der EU-Instrumente, insbesondere der EU-Strukturfonds, des ELER, der Europäischen territorialen Zusammenarbeit, von Horizont Europa, der Aufbau- und Resilienzfazilität und der Fazilität „Connecting Europe“ erforderlich, um einen umfassenderen Ansatz zum demografischen Wandel zu gewährleisten und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass aufgrund des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit) weniger Mittel verfügbar sind.

Die EU-Kohäsionspolitik und die Entwicklung des ländlichen Raums (im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, GAP) helfen den lokalen und regionalen Behörden sehr dabei, in Regionen zu investieren, insbesondere in solche mit weniger blühenden Zukunftsperspektiven, die hinterherhinken oder schwerwiegende und dauerhafte natürliche oder demografische Nachteile haben. Die Entwicklung und Umsetzung globaler, EU-weiter, nationaler, regionaler und lokaler Strategien unter Berücksichtigung der UN-Nachhaltigkeitsziele mit einem ortsspezifischen Ansatz trägt zur langfristigen Entwicklung dieser Orte bei. Brücken zu bauen zwischen Menschen mit unterschiedlichen Einkommen, Bildungshintergründen, Kulturen und Traditionen ist für eine harmonische EU von entscheidender Bedeutung. Wir sollten die Zusammenarbeit erleichtern und die Solidarität innerhalb der Zivilgesellschaft stärken, um Ungleichheiten und Segregation zu verringern und letztendlich ganz zu beseitigen, die legale Migration zu unterstützen und die soziale Eingliederung und das Wohlergehen aller zu fördern.

Die EU steuert nicht nur Mittel für die territoriale Entwicklung bei, sondern formt auch in hohem Maße die Fähigkeit der lokalen, regionalen und nationalen Behörden zur Nutzung der Mittel, was für Gebiete, die sowohl von Alterung als auch von Entvölkerung betroffen sind, sehr wichtig ist. Das trägt dazu bei, dass die öffentliche Hand die Absorptionskapazität und die Fähigkeit wahrt, von den EU-Strukturfonds zu profitieren.

Der demografische Wandel stellt insbesondere einige Gemeinden und Regionen vor neue Aufgaben. Er sollte aber nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance gesehen werden. Das gesamte Spektrum der demografischen Herausforderungen ist grundsätzlich Aufgabe der Mitgliedsstaaten, aber die Regionen und lokalen Behörden müssen proaktiv handeln und von der EU-Hilfe profitieren. Ein Beispiel könnten die Instrumente zur Verbesserung des Bottom-up-Ansatzes und der Mehrebenenverwaltung sein, wie beispielsweise die von der Gemeinschaft geleitete lokale Entwicklung (CLLD) und integrierte territoriale Investitionen (ITI). CLLD bietet Hilfestellung bei der Entwicklung und Umsetzung integrierter und maßgeschneiderter Lösungen in abgelegenen Gebieten und in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte, z. B. in Bezug auf die Verfügbarkeit öffentlicher Dienste für die weniger mobile ältere Bevölkerung. Ein zweites Beispiel könnte darin bestehen, lokalen Behörden und Regionen eine größere Rolle bei der Entscheidung darüber einzuräumen, ob Migranten aus Drittstaaten direkt in ihren Gemeinden aufgenommen werden sollen, indem die Bereitschaft vieler Akteure zur Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen genutzt wird.

Darüber hinaus sollte der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) seine Arbeit zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit intensivieren. Die EU-Strukturfonds sollten die Jugendarbeitslosigkeit proaktiver bekämpfen und jungen Menschen die Möglichkeit geben, eine richtige Karriere zu beginnen. Erreicht werden könnte das durch die Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, die Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten in Regionen mit Entvölkerungsgefahr, die Unterstützung des lebenslangen Lernens (LLL), Schulungsprogramme zur Umschulung und Höherqualifizierung von Arbeitnehmern und Unternehmertum für junge Menschen, um ihre soziale Integration sicherzustellen. Die Regionen sollten spezifische regionale und lokale Antworten auf die Bedürfnisse und Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Dienstleistungen entwickeln. Außerdem sollte auf die Erfahrung und das Know-how der „Generation Silber“ aufgebaut werden, z. B. Coaching-Projekte oder verschiedene ehrenamtliche Aktivitäten, um den Generationswechsel zu erleichtern, da die Kommunikation zwischen den Generationen eine Chance bietet, die es zu nutzen gilt. Diese Praktiken sollten unterstützt und gefördert werden.

- Ein proaktiverer Ansatz ist bei der Gestaltung der Bevölkerungspolitik ebenso notwendig wie eine bessere Koordinierung der verfügbaren EU-Instrumente, um Synergien zu finden.

- Obwohl der demografische Wandel in erster Linie Aufgabe der Mitgliedsstaaten ist, stellt er Regionen und lokale Behörden vor neue Herausforderungen. Die Unterstützung der EU kann den Regionen und lokalen Behörden helfen, aktiver zu werden, beispielsweise durch die Entwicklung und Umsetzung integrierter und maßgeschneiderter Lösungen in abgelegenen Gebieten und in Gebieten mit geringerer Bevölkerungsdichte.

- Die Nutzung des ESF+ sollte intensiviert werden, um die Beschäftigungsfähigkeit zu fördern, die Jugendarbeitslosigkeit proaktiver zu bekämpfen und jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, eine richtige Karriere zu starten.

4. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf unsere soziale Marktwirtschaft

Die Auswirkungen des demografischen Wandels in Europa sind in unserer Wirtschaft und in unserer Gesellschaft direkt und indirekt spürbar.

- Eine bessere Einbeziehung von Frauen, Behinderten und älteren Menschen

Die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter wie in der aktuellen Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen (CPR) festgelegt, ist ein wichtiger Schritt nach vorne, der uns helfen könnte, den demografischen Herausforderungen zu begegnen. Die gemeinsamen Bestimmungen sollten die Einbeziehung von Frauen voranbringen und die Förderung von Programmen für lebenslanges Lernen unterstützen. Es ist von größter Bedeutung, sicherzustellen, dass jeder Mensch, unabhängig vom Geschlecht, das Recht auf Arbeit und auf die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben hat. Die Bedeutung eines größeren und integrativeren Arbeitsmarktes erfordert eine wirksame Beschäftigungspolitik mit dem Ziel, die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte konkreter zu machen und schlechte Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen zu bekämpfen. Der Weg nach vorn ist für uns Gender-Budgeting (die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in öffentlichen Haushalten) in der Planung und die Förderung von Kampagnen, die mit Stereotypen brechen und den Weg zur Wahlfreiheit für Frauen und Männer und zum Modell „gleicher Verdienst, gleichberechtigte Karriere“ ebnen, z. B. indem angemessener geschlechtsneutraler bezahlter Elternurlaub gewährt wird und allgemein verfügbare, erschwingliche, zuverlässige ganztägige Betreuungseinrichtungen von hoher Qualität für Kinder bereitgestellt werden, einschließlich Einrichtungen und Möglichkeiten für vorschulisches Lernen, um eine Entvölkerung zu verhindern.

Senioren müssen nach der Pensionierung einen Einkommensrückgang hinnehmen. Unter ihnen sind Menschen mit Behinderungen, psychischen oder körperlichen Erkrankungen sowie Frauen aufgrund ihrer Lohn-/Beschäftigungslücken (unterbrochene Berufslaufbahn, mangelnde Qualifikation usw.) die Bedürftigsten. Mangelnder Zugang zu universeller, wirksamer und angemessener sozialer Sicherheit und schlechter Zugang zu sozialen Diensten (Gesundheit, Langzeitpflege) setzen sie der Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung aus. Der Schutz älterer Menschen vor Armut und Ausgrenzung sollte mit sicheren und hochwertigen Arbeitsplätzen, gerechter Entlohnung und uneingeschränktem Zugang zu sozialer Sicherheit beginnen. Es sollte in Sozialwohnungen und grundlegende öffentliche Dienstleistungen investiert werden, um sie für alle zugänglicher und erschwinglicher zu machen. Innovative Lösungen wie das generationenübergreifende Wohnen sollten unterstützt werden, um die Wohnkosten zu senken und Bindungen zwischen den Generationen zu knüpfen.

Generationenübergreifendes Wohnen, Wohngemeinschaften oder öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten, integriert in Wohnheime, geben den Senioren die Möglichkeit, Kinder zu betreuen. Ein neues Modell der Stadtplanung mit mehr Grün- und Erholungsräumen sollte angenommen werden, da der Kontakt mit der Natur für die (geistige) Gesundheit eines jeden Menschen unverzichtbar ist.

Wir brauchen eine umfassende EU-Strategie für psychische Gesundheit sowie eine Rahmenrichtlinie zur Langzeitpflege, die grundlegende Prinzipien für zugängliche und hochwertige Langzeitpflege- und Unterstützungsdienste in der gesamten EU festlegt.

Wohnungen – auch Sozialwohnungen – für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen sollten an die Bedürfnisse junger Familien, älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen und Funktionseinschränkungen angepasst werden.

Der Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte beinhaltet wichtige Maßnahmen wie die Umsetzung des Green Deal durch die Initiative „Renovationswelle“, die Empfehlung der Kommission zur Energiearmut, die künftige Überarbeitung der Energieeffizienzrichtlinie usw. Das wird dabei helfen, die Energiearmut zu lindern und die Wohnqualität zu verbessern, insbesondere für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

- Regionale Aspekte der Alterung und des demografischen Wandels

Die größten Probleme im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel in der EU werden durch die Störung der Alterspyramide verursacht: rückgängige Geburtenraten, niedrige Sterblichkeitsraten und folglich Alterung der Gesellschaft, kleinere Haushalte, zunehmende Verstädterung, Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur, die Sozialsysteme und die öffentliche Gesundheit, Arbeitsmigration, z. B. junge Menschen, die aus Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten wegziehen. Die Auswirkungen dieser Trends unterscheiden sich erheblich von einer Region zur anderen, von einem Mitgliedsstaat zum anderen, in Abhängigkeit von Faktoren wie der Intensität und Geschwindigkeit, mit der der Wandel eintritt oder wo er Regionen mit positiver Nettozuwanderung oder Regionen mit schrumpfender Bevölkerung betrifft, ob es sich um städtische oder vorstädtische Regionen oder ländliche Gebiete handelt. Wir müssen in die „Silberwirtschaft“ (Seniorenwirtschaft), in

lebenslanges Lernen und in Ausbildung investieren, um die Teilhabe älterer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt zu wahren, insbesondere im Zusammenhang mit dem digitalen und dem grünen Übergang.

Neben ihren Auswirkungen auf die Umwelt stellt die Bevölkerungsentwicklung neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen. Sie sind nicht wirklich neu, haben aber jetzt mit einer beispiellosen Intensität zugenommen. Diese Entwicklung wird durch einen unausgewogenen Zugang zu Märkten und qualifizierten Arbeitskräften sowie durch Unterschiede in der Qualität der Regierungsführung und der öffentlichen Dienstleistungen angetrieben.

Regionen mit einem starken Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind von demografischen Herausforderungen besonders betroffen: Fehlende Investitionen, schlechte Infrastruktur, niedrige Vernetzungsquoten, eingeschränkter Zugang zu sozialen Diensten und Mangel an Arbeitsplätzen sind wichtige Faktoren, die zur Entvölkerung beitragen. Andererseits erhöht der Bevölkerungsrückgang die Alterung in den Gebieten, unabhängig davon, ob es sich um eine ländliche Region oder ein Berggebiet, eine Stadt oder eine Großstadt handelt.

In allen EU-Mitgliedsstaaten hat die Altersgruppe der 65- bis 69-Jährigen ein recht niedriges Beschäftigungsniveau. Eine der Optionen wäre, diese Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu halten, sofern sie das wünschen, und ihnen Anreize zu geben, länger zur Gesellschaft beizutragen. Diese sogenannte Seniorenwirtschaft bezieht die alternde Bevölkerung nicht nur in die Wirtschaft ein, sondern verbessert auch ihre Lebensqualität und Eingliederung in die Gesellschaft.

- [Mobilität, Migration und Integration in Europa](#)

Bevölkerungsdynamiken wie Alterung und beträchtliche Migrationsströme in die EU (wie wir sie jetzt aufgrund des Krieges in der Ukraine erleben) sowie innerhalb eines Mitgliedsstaats oder der EU stellen den Mitgliedsstaat vor Herausforderungen, bieten aber auch Chancen. Binnenmigration ist Ausdruck der Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Allerdings geht dieses Phänomen mit einem „Braindrain“ einher, also einer Abwanderung von Fachkräften (siehe auch unten). Tatsächlich wirkt sich die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Mitgliedsstaaten mit niedrigen Einkommen in Mitgliedsländer mit höheren Einkommen, besserer sozialer Absicherung und höherem Lebensstandard negativ auf die Altersstruktur der Bevölkerung aus. Migration bringt jedoch Vielfalt mit sich, ermöglicht es, die negativen Auswirkungen des demografischen Wandels aufzuhalten, und kann bei erfolgreicher Steuerung den alternden Regionen der EU eine Reihe von Vorteilen bringen. Eine bessere Integration und Unterstützung von Migranten muss angestrebt werden (da insbesondere Migranten aus Drittstaaten in Bezug auf Bildung, Fähigkeiten, Kultur und Sprache eine sehr vielfältige Gruppe sind), um zu einer ausgewogenen Entwicklung der Regionen beizutragen. Folglich ist eines der Ziele des aktuellen Europäischen Fonds für regionale Entwicklung/Kohäsionsfonds (ERDF/KF) die Integration von Drittstaatsangehörigen, einschließlich Migranten, bei gleichzeitigem Schutz ihrer Würde und Rechte. Dies ist im Zusammenhang mit den im ESF+ und im Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)

vorgesehenen Finanzmitteln für Integration zu sehen. Letzterer richtet sich in erster Linie an Drittstaatsangehörige, die sich in einer frühen Phase ihres Integrationsprozesses befinden und besondere Aufmerksamkeit benötigen. Es ist wichtig, sicherzustellen, dass der EFRE, der ESF+ und der AMIF so eingesetzt werden, dass sie sich ergänzen und verstärken, wenn es um die Integration von Drittstaatsangehörigen in die EU geht, und dass keine Kategorie von Drittstaatsangehörigen zwischen den Finanzierungsmöglichkeiten hindurchfällt, die von diesen jeweiligen Fonds angeboten werden. Ansonsten können diese Bevölkerungsdynamiken schwerwiegende soziale Auswirkungen einschließlich zunehmender sozialer Ausgrenzung und Ungleichheiten haben und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, die Arbeitsmärkte und das Wohnungswesen sowie die lokale, regionale und nationale Entwicklung vor Herausforderungen stellen. Alterung und Migration bedeuten häufig eine weitere Konzentration von Menschen in Städten und Vorstädten und eine Entvölkerung ländlicher und abgelegener Gebiete.

Die S&D Fraktion ist seit langem ein starker Verfechter der legalen Migration. Dazu gehört es, begabte Drittstaatsangehörige dazu zu bewegen, in die EU zu kommen und hier zu arbeiten, Drittstaatsangehörigen, die eine Migration in die EU in Betracht ziehen, eine Perspektive zu bieten und denjenigen, die aus ihren Heimatländern fliehen, eine Alternative zu kriminellen Schleusern oder gefährlichen Routen zu bieten. Das Eintreten für eine verbesserte legale Migrationspolitik auf EU-Ebene ist angesichts der demografischen Herausforderungen, vor denen die EU steht, noch wichtiger und sollte mit einem positiven Narrativ zur Migration unterstützt werden.

- „Brain drain“ – die lokale, regionale, nationale, europäische und globale Dimension

Während aufgeschlüsselte und aktualisierte Daten derzeit nicht ausreichen, um die Fähigkeit der EU voll einzuschätzen, ausländische Studierende, Lehrkräfte, Ausbilder und Forscher anzuziehen und zu halten, deuten die vorliegenden Informationen darauf hin, dass englischsprachige Länder die attraktivsten Ziele für Studierende sind, wobei die USA, Großbritannien, Australien und Kanada mehr als 40% aller international mobilen Studierenden in den OECD- und Partnerländern aufnehmen.⁵ Die EU ist ein weiterer wichtiger geografischer Raum für die Mobilität nach innen, scheint jedoch hauptsächlich ausländische Studierende (aus einem anderen Mitgliedsstaat oder einem Drittland) auf Bachelor- (43,4%) oder Master-Ebene (45%) anzuziehen, während nur sehr wenige Doktoranden (9,2%) eine EU-Universität als Basis wählen.⁶

Wir sollten einen Rahmen schaffen, der einen konstruktiven Wettbewerb um „Brain Gain“ (Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften) in der EU bewirkt, lokal, regional, national und auf EU-Ebene. Auf EU-Ebene sollte das die Koordinierung der gezielten

⁵ OECD. (2020). *Indicator B6. What is the profile of internationally mobile students?*. [Education at a Glance 2021: OECD Indicators](https://www.oecd-ilibrary.org/sites/974729f4-en/index.html?itemId=/content/component/974729f4-en). <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/974729f4-en/index.html?itemId=/content/component/974729f4-en>

⁶ Eurostat. Statistics Explained. (2020, October). *Learning Mobility Statistics*. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Learning_mobility_statistics

Kontaktaufnahme, den umfassenden Austausch und die wirksame Umsetzung bewährter Verfahren umfassen. Der Anteil hochqualifizierter Personen, die innerhalb der EU migrieren, ist überdurchschnittlich hoch und wird meist durch bessere Lebens- oder Arbeitsbedingungen in der gewählten „Aufnahmeregion“ begründet. Die Gefahr, dass sich dieser Trend verschlimmert, könnte durch den gezielten Ausbau moderner digitaler Netzinfrastruktur in abgelegenen Regionen in Kombination mit der Schaffung von „grünen Arbeitsplätzen“ und/oder ortsunabhängigen, digitalen Arbeitsmöglichkeiten ebendort abgeschwächt werden. Darüber hinaus sollen hochwertige Bildungsmöglichkeiten entlang der gesamten Bildungskette, von der frühkindlichen Bildung über die schulische Bildung und die berufliche Aus- und Weiterbildung bis hin zur Erwachsenenbildung, insbesondere in abgelegenen Regionen zugänglich und mit dem „normalen“ Lebens- und Arbeitsalltag gut vereinbar bleiben. Regionen sterben aus, wenn Entfernungen, zum Beispiel zu Kindergärten oder zu Berufsbildungseinrichtungen, nicht in 30 Minuten/Weg bewältigt werden können. Vielfältige Bildungsangebote, die über die berufliche Qualifizierung hinausgehen, sowie kulturelle Angebote sind für die Entscheidung, wo Menschen sich niederlassen möchten, ebenso wichtig wie bezahlbarer Wohnraum. Begabte Menschen wünschen sich neben dem Arbeitsplatz einen inspirierenden Lebensraum, der individuelle Selbstverwirklichung ermöglicht. Nur einen Supermarkt, ein Heimatmuseum und eine Grundschule in der Nähe des Arbeitsplatzes zu haben, reicht für eine nachhaltige Ansiedlung von Talenten bei weitem nicht aus. **Deshalb setzt sich die Sozialdemokratische Fraktion konsequent dafür ein, Geld für Bildung, Jugendeinrichtungen und Kultur nicht als Ausgabe, sondern als Investition in die Zukunft zu sehen. Ein demografisch robustes Bildungssystem erkennt die Fähigkeiten und Kompetenzen seiner Studierenden an und stärkt sie vor Ort, auch bei sehr unterschiedlichen Voraussetzungen.**

Daher **fordern wir eine integrierte EU-Strategie zum Braingain** mit diesen Schwerpunkten: (i) **maßgeschneiderte Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Innovationszentren unter Einbeziehung von Hochschulen und Berufsbildungseinrichtungen, lokalen Behörden, der Zivilgesellschaft, Unternehmen und KMU;** (ii) **stärkere Synergien zwischen Initiativen wie dem Europäischen Bildungsraum, dem Europäischen Hochschulraum und dem Europäischen Forschungsraum sowie der EU-Jugendstrategie, um einen attraktiven und effektiven europäischen Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungsraum zu schaffen;** (iii) **eine regelmäßige Bewertung der Lebensqualität in der EU unter Berücksichtigung des Zugangs zu hochwertiger Bildung, Berufsausbildung und lebenslangem Lernen sowie hochwertiger Beschäftigung, guter Arbeitsbedingungen und Karriereaussichten und anderer Parameter, die die Attraktivität des Niederlassungsorts bestimmen, einschließlich des Zugangs zu hochwertigen Gesundheitssystemen und Infrastrukturen (z. B. Schienen-, Straßen- und Breitbandverbindungen).**

Eine derartige Strategie sollte die größeren strukturellen Lücken im Zusammenhang mit dem Mangel an Infrastrukturen und intelligenten digitalen Werkzeugen als Schlüsselemente zur Steigerung der Attraktivität der EU und ihrer Mitgliedsstaaten als Lern- und Arbeitsziel angehen. Die kürzlich erfolgte Verabschiedung der überarbeiteten Blue-Card-Richtlinie dürfte in dieser Hinsicht hilfreich sein, jedoch sind weitere Schritte erforderlich. Eine Zusammenarbeit mit anderen Behörden, die vor denselben Herausforderungen stehen, und

der Austausch von Zielen und Ergebnissen sind zu empfehlen. Daher ist es wichtig, einen Dialog mit Lernenden sowie jungen Fachkräften herzustellen, um auf ein talentbasiertes Wachstum umzusteigen und Schlüsselsektoren und -ziele zu bestimmen, die vielversprechend sein könnten. Regionen mit Bevölkerungsrückgang leiden auch unter alters- und geschlechtsspezifischen Ungleichgewichten aufgrund von Abwanderung. Gleichzeitig sind Frauen häufig von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Aus diesem Grund und um einen integrativen Ansatz auf der Grundlage der Grundrechte zu gewährleisten, müssen demografische Pläne Alter und Geschlecht berücksichtigen und sich darauf konzentrieren, wie die Gleichstellung der Geschlechter gefördert werden kann. Strategien zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen sollten einen integrativen und auf Rechten und Fakten beruhenden menschenzentrierten Ansatz verfolgen und die Rolle der Frau stärken, die – mit der Feminisierung der formellen und informellen Pflege – tendenziell stark unterbewertet wird.

- Dynamik in städtischen Gebieten versus Dynamik in ländlichen Gebieten

Die EU ist urbaner geworden, ein wachsender Anteil der EU-Bevölkerung lebt und arbeitet in städtischen Gebieten. Es wird allgemein erwartet, dass diese Muster weiter zunehmen werden. Viele der größten Städte der EU ziehen sowohl EU-Bürgerinnen und -Bürger als auch Drittstaatsangehörige an, und daher wächst ihre Bevölkerungszahl tendenziell schneller als der nationale Durchschnitt.

Städte und städtische Gebiete werden oft als Zentren des Wirtschaftswachstums und des Wohlstands angesehen, insbesondere die Hauptstädte, z. B. aufgrund attraktiver Investitionsbedingungen, entwickelter regionaler Infrastrukturen, höherer Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsaktivitäten, von Zugang zu guter Bildung, von qualifizierten Arbeitskräften usw. Städte und städtische Gebiete werden auch von umfassenderen „Lebensqualitäts“-Faktoren im Zusammenhang mit Bildung, Arbeitsplätzen, Gemeinschaftserlebnis, Kultur, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Umwelt und städtischer Infrastruktur bestimmt. Die meisten Städte sind historisch gewachsene Zentren von herausragendem kulturellem Wert, Orte des Pluralismus und der Kreativität. Öffentliche Freiräume ermöglichen es Menschen, zu interagieren, sich auszutauschen und sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Städtische Gebiete sind für junge Menschen attraktiv, weil sie Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten bieten. Allerdings stehen diese Gebiete vor einer Reihe komplexer sozialer Herausforderungen: Ausgrenzung ärmerer Menschen und Familien aus den Innenstädten und teuren Vororten, Angebot an bezahlbarem Wohnraum, Obdachlosigkeit, Bereitstellung effizienter/bezahlbarer Verkehrsdienste für alle. Folglich neigen viele Senioren ebenso wie junge Familien dazu (oder sind gezwungen), in günstigere Lagen (z. B. weniger teure Vororte oder ländliche Gebiete) umzuziehen.

Diese sozialen und wirtschaftlichen Folgen haben eine räumliche Dimension (Entmischung innerhalb von Städten, ländlichen Gebieten oder Regionen, innerhalb von Regionen oder Mitgliedsstaaten und innerhalb der EU). Das höchste Risiko für Armut oder soziale

Ausgrenzung, die Arbeitslosigkeit, betrifft in den meisten westlichen und nördlichen Mitgliedsstaaten Menschen, die in Städten leben. Andererseits ist es in vielen der östlichen, südlichen und baltischen Mitgliedsstaaten die ländliche Bevölkerung, die am stärksten von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist.

Städte und städtische Gebiete müssen Teil des Übergangs zu einer klimaneutralen EU sein. Während der Schwerpunkt auf Effizienz liegt, muss gleichzeitig der Telearbeit, der Kreislaufwirtschaft und der bestmöglichen Nutzung von Land und Ressourcen Raum gegeben werden. Die Auswirkungen auf das Klima und die Natur sowie die Raumnutzung werden durch unsere Arbeits- und Lebensweise bestimmt. Ein neuer Fokus auf Design, Technologie und Architektur (z. B. die Initiative Europäisches Bauhaus), Renovierung und Neubelebung, kann beim Aufbau einer klimaneutralen Stadt bis 2050 helfen – mit weniger Umweltverschmutzung, mehr Grünflächen (z. B. Bäume, Grünanlagen) und einer besseren Lebensqualität.

Wir brauchen integrative, nachhaltige, anpassungsfähige und erschwingliche städtische Orte, die sie attraktiver und umweltfreundlicher für die Menschen machen, die dort arbeiten und leben sollen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass lokale, regionale und nationale Behörden bei der Entwicklung unserer Städte, Kleinstädte und Dörfer ein hochwertiges und integratives Design vorsehen, und dass die Stadt- und Regionalplanung die veränderten Nutzungen der Infrastruktur stärker berücksichtigt, unter anderem durch die Neubelebung und Umstrukturierung von Innenstädten; ein Bereich, in dem auch die Zusammenarbeit mit privaten Partnern wichtig ist. Eine der Prioritäten der Stadtpolitik sollte die Entwicklung seniorens- und familienfreundlicher Städte und die Förderung einer schadstofffreien und nachhaltigen multimodalen Mobilität mit den Schwerpunkten öffentlicher Personennahverkehr, Shared Mobility (gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen), Zufußgehen und Radfahren sein.

Die meisten städtischen Gebiete müssen noch erhebliche Investitionen tätigen, um umweltfreundlichen Verkehr und erneuerbare Energien zu fördern, den Klimawandel abzuschwächen, ihre Treibhausgasemissionen zu senken, mehr zu recyceln und ihr Abwasser richtig zu sammeln und wiederaufzubereiten. Alle Formen der Verschmutzung wie Wasser, Boden, Lärm, Licht und Luft müssen bekämpft werden. So ist beispielsweise die Luftverschmutzung in vielen unserer Städte nach wie vor ein großes Gesundheitsrisiko, da diese Städte die EU-Luftqualitätsrichtlinien nicht einhalten, und verursacht in der EU jährlich rund 400.000 Todesfälle.⁷

Kleinstädten in Regionen mit Nettozuwanderung kommt als Dienstleistungszentrum eine besonders wichtige Rolle zu. Anzumerken ist, dass Landflucht negative Auswirkungen auf städtische Gebiete hat, während sozial lebendige ländliche Gebiete ein öffentliches Gut darstellen. Mitgliedsstaaten, Regionen und Gemeinden sollten der sozialen Ausgrenzung und Armut von Senioren vorbeugen, z. B. indem sie spezifische regionale und lokale Antworten auf die Bedürfnisse und Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Dienstleistungen für ihre Bürger und Bürgerinnen jeden Alters finden. Zudem sollten Wohnungen, auch

⁷ Neueste Schätzungen der Europäischen Umweltagentur.

Sozialwohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen, an die Bedürfnisse junger Familien und älterer Menschen angepasst werden.

- Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Schlüsseldimension bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und um sicherzustellen, dass jeder Mensch, unabhängig vom Geschlecht, das Recht auf Arbeit und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben hat. Die Bedeutung eines größeren und integrativeren Arbeitsmarktes erfordert eine Reihe wirksamer Beschäftigungspolitiken.

- Bevölkerungsdynamiken wie Alterung und beträchtliche Migrationsströme in die EU sowie innerhalb eines Mitgliedsstaats oder der EU bergen Herausforderungen, aber auch Chancen. Eine bessere Integration und Unterstützung legaler Migranten muss angestrebt werden, um zu einer ausgewogenen Entwicklung der Regionen beizutragen.

- Politische Empfehlungen und Maßnahmen sollten darauf ausgerichtet sein, den „Braindrain“ zusammen mit dem Bevölkerungsrückgang zu bekämpfen. Wir brauchen eine integrierte EU-Strategie zum „Braindrain“.

- Städtische Orte müssen integrativ, nachhaltig, anpassungsfähig und erschwinglich sein, damit die Menschen dort arbeiten und leben können. Städte und städtische Gebiete müssen Teil des Übergangs zu einer klimaneutralen EU sein, mit einer Fokussierung auf Effizienz, Kreislaufwirtschaft und die optimale Nutzung von Land und Ressourcen.

- Mitgliedsstaaten, Regionen und Gemeinden sollten der sozialen Ausgrenzung und Armut älterer Menschen vorbeugen, indem sie spezifische regionale und lokale Antworten auf die Bedürfnisse und Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger jeden Alters finden. Darüber hinaus sollten Wohnungen, einschließlich Sozialwohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen, an die Bedürfnisse von jungen Familien und Senioren angepasst werden.

5. Die Rolle der Demografie beim Übergang zu nachhaltigen Gesellschaften: der doppelte Übergang – grün und digital

Die Digitalisierung prägt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der EU. Verschiedene Technologien werden den Arbeitsmarkt erheblich verändern. Das setzt die mehrstufige Politikgestaltung unter Druck, ständig Neuerungen einzuführen, sich am Dialog mit den Interessensgruppen zu beteiligen, um sich auf Übergänge vorzubereiten, Strategien zu gestalten und sich effektiv vorzubereiten: EUROSTAT-Prognosen besagen *unter anderem*, dass es weniger Studierende geben wird, weniger Personen im erwerbsfähigen Alter, um den Rest der Bevölkerung zu unterstützen, sowie einen höheren Anteil der „Generation Silber“.

Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen können neue Entwicklungsmöglichkeiten für Orte bieten, z. B. für nachhaltigen Tourismus (auch in weniger bekannte Gebiete oder Tourismus in der Nebensaison), Landwirtschaft, ökologische, grüne, blaue und Kreislaufwirtschaft und erneuerbare Energieerzeugung. Das Erreichen des Ziels von null Nettoemissionen bis 2050 erfordert Entkarbonisierungsmaßnahmen in ganz Europa, und diese Maßnahmen werden aufgrund der Folgen des Krieges in der Ukraine verstärkt. Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kosten dieses Übergangs sind besonders hoch für Gebiete und Bevölkerungsgruppen, die am stärksten von fossilen Brennstoffen und Industrien abhängig sind, die Treibhausgase erzeugen. Der Fonds für einen gerechten Übergang wird bei den sozioökonomischen Folgen dieses Übergangs helfen. Der gerechte Übergang soll sicherstellen, dass der Fortschritt hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft auf eine gerechte Art und Weise erfolgt, die keinen Ort und keine Person zurücklässt und allen eine hohe Lebensqualität bietet.

Das erfordert auch die Berücksichtigung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten, E-Government und digitaler Transformation der EU. Klüfte in der Bildung, bei digitalen Fähigkeiten und beim Breitbandzugang sind ein wesentlicher Faktor für zunehmende Ungleichheiten. Ältere Menschen, die in abgelegenen ländlichen Gebieten (z. B. in Berggebieten oder auf Inseln) leben, laufen oft Gefahr, von digitalen Transformationsprozessen ausgeschlossen zu werden. Bildung und lebenslanges Lernen werden immer wichtiger.

Der Verlust der biologischen Vielfalt birgt ernsthafte Risiken für Ökosysteme und langfristige Lebensbedingungen. Das wirkt sich negativ auf unsere Lebensgrundlagen, unsere Gesundheit, unsere Lebensqualität und die lokale Wirtschaft aus. Die Zerstörung und Nutzung von Land und Küsten nimmt zu; Umweltverschmutzung, Lärm, Bodenversiegelung und Zersiedelung verringern Freiflächen, Biodiversität und fruchtbaren Boden und tragen zu „städtischen Hitzeinseln“ bei. Gleichzeitig bieten aufgegebene, heruntergekommene und kaum genutzte Grundstücke oder Anlagen Möglichkeiten für Landnutzungsänderungen. Der Zugang zu sauberer Luft, sauberem Wasser und Boden und bezahlbarer Energieversorgung ist ein Menschenrecht. Natur, Landschaft und kulturelles Erbe sind lokale und regionale Entwicklungswerte, die einzigartige Entwicklungsmöglichkeiten und hochwertige Lebensräume bieten. Eine nachhaltige und effiziente Nutzung von Ressourcen sollte den örtlichen Gemeinschaften zugutekommen und lokale Geschäftsmöglichkeiten fördern.

Der demografische Wandel hat negative Auswirkungen auf die ökologische Nachhaltigkeit (z. B. beeinträchtigen zunehmende Bodenversiegelung und nicht nachhaltiges Bauen Ökosysteme, den Naturschutz, die Landnutzung und die Biodiversität), unter anderem auch auf den Klimawandel und den Übergang zu einer klimaneutralen EU bis spätestens 2050.

Darüber hinaus hat der Klimawandel auch die Verwundbarkeit der Menschen offengelegt: Lange, heiße, trockene Sommer haben die Unterschiede zwischen Menschen, die in einer kleinen Wohnung in einem dicht besiedelten Stadtgebiet leben, und anderen, die die Möglichkeit haben, Freizeit im vorstädtischen/ländlichen Garten zu verbringen, zum Vorschein gebracht. Daher ist der Zugang zu Grünflächen (z. B. zu öffentlichen Parks) für

Stadtbewohner von größter Bedeutung, insbesondere für Familien mit Kindern und ältere Menschen, die am meisten unter Hitzewellen leiden.

Ein besonderes Thema bei der Zusammenführung von Digitalisierung, Umwelt und Demografie ist der Trend zur Telearbeit und zur IKT-basierten mobilen Arbeit. Telearbeit und mobiles Arbeiten können den CO₂-Fußabdruck verringern, da das tägliche Pendeln reduziert wird. Mobile Arbeit und Telearbeit können den ländlichen Raum im Vergleich zu anderen Regionen attraktiver machen. Das kann auch die Entvölkerung von Gebieten verlangsamen oder diesen Trend sogar umkehren.

- Die Digitalisierung prägt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der EU. Technologien werden den Arbeitsmarkt erheblich verändern und die mehrstufige Politikgestaltung unter Druck setzen, Innovationen voranzutreiben, sich am Dialog mit Interessensgruppen zu beteiligen und sich auf Übergänge vorzubereiten, wie z. B. Möglichkeiten der Telearbeit in ländlichen Gebieten.

- Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen können neue Entwicklungsmöglichkeiten für Orte bringen, z. B. für nachhaltigen Tourismus, nachhaltige Landwirtschaft, ökologische, grüne, blaue und Kreislaufwirtschaft und erneuerbare Energieerzeugung.

- Der demografische Wandel hat negative Auswirkungen auf die ökologische Nachhaltigkeit (z. B. beeinträchtigen zunehmende Bodenversiegelung und nicht nachhaltiges Bauen Ökosysteme, den Naturschutz, die Landnutzung und die Biodiversität), unter anderem auch auf den Klimawandel und den Übergang zu einer klimaneutralen EU.

6. Die Geopolitik der Demografie – die EU in der Welt

Die Demografie der Zukunft spaltet die Welt in zwei Teile: einen wachsenden und einen schrumpfenden. Laut Statistikabteilung der Vereinten Nationen und Eurostat (EU27) geht der Anteil der EU-Bürgerinnen und -Bürger an der Weltbevölkerung zurück. Im Jahr 1900 stellte Europa rund 25% der Weltbevölkerung, 1960 etwa 11%, 2015 ca. 6%, und im Jahr 2060 werden es nur noch 4% sein. Lebensqualität und Wohlergehen sind natürlich wichtige Faktoren, die es neben den nackten Zahlen zu berücksichtigen gilt.

Bei zukünftigen Bevölkerungsprognosen müssen verschiedene Elemente in die Berechnung einbezogen werden: Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Migrationsströme. Gerade in letzterer Hinsicht ist die externe Migration eine entscheidende strukturelle Komponente dieser Dynamik. Obwohl die Migration an sich die negativen demokratischen Trends in Europa nicht umkehren kann, stellen legale Wege in die EU eine dringend notwendige Möglichkeit dar, um dem Rückgang der europäischen Erwerbsbevölkerung und der alternden Bevölkerung entgegenzuwirken, wie in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben. Gerade das Problem

der Alterung der Bevölkerung verschärft sich auch auf den anderen Kontinenten – mit Ausnahme Afrikas – immer mehr. Darüber hinaus bewirkt es augenfällige wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen wie die zunehmende Ungleichverteilung des Wohlstands und die Zunahme des weltweiten Sparüberschusses.

Das schnelle Bevölkerungswachstum und der Klimawandel können weltweit schwerwiegende Folgen für das Wohlergehen der Menschheit haben. Die Zunahme der Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent – bis 2050 wird sie sich verdoppeln – ist beispiellos in der Geschichte. Es ist nicht nur ein zahlenmäßiges Problem, sondern auch ein Problem des menschlichen Wohlergehens, des Wohlstands und der menschlichen Entwicklung.

Die Länder des globalen Südens müssen sicherstellen, dass Armut und Ungleichheit sich nicht verschärfen, und dass es mit dem aktuellen und zukünftigen Niveau des Bevölkerungswachstums eine integrative nachhaltige Entwicklung für alle gibt. Die Herausforderungen sind groß, etwa die Bereitstellung grundlegender sozialer Dienste wie qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Bildung, Wohnen, Transport, sanitäre Einrichtungen und Sicherheit. Jugend und Arbeitslosigkeit sind weitere wichtige Aspekte, die angegangen werden müssen.

Auch die Nahrungsmittelversorgung und die landwirtschaftliche Produktion müssen gesteigert werden, um den Bedarf einer rasant wachsenden Bevölkerung zu decken.

Schnelles Bevölkerungswachstum hat auch Auswirkungen auf politische und soziale Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen, religiösen, sprachlichen und sozialen Gruppen in Ländern des globalen Südens.

In dieser Hinsicht müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten sowie die internationalen Partner alle Anstrengungen zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Nachhaltigen Entwicklungsziele verdoppeln und dürfen dabei niemanden zurücklassen.

Doch vor allem ein Faktor beeinträchtigt die Demographie besonders stark: Krieg. Die russische Aggression gegen die Ukraine ist ein extremes Beispiel für eine solche Störung, mit Kriegsoffern, zerbrochenen Familien und sinkenden Geburtenraten. Schon vor der russischen Invasion am 24. Februar 2022 hatte die Ukraine mit nur 1,2 Kindern pro Frau die niedrigste Geburtenrate in Europa. Jetzt, da ein großer Teil der Bevölkerung vertrieben wurde und Millionen von Flüchtlingen, hauptsächlich Frauen und Kinder, außerhalb der Ukraine leben, sind die ohnehin schon negativen demografischen Trends weiter beschleunigt worden und werden sich auf die kommenden Generationen auswirken. Die Ukraine wird die Hilfe der EU brauchen, und die EU muss ihren Werten und Verpflichtungen gerecht werden.

- *Der Anteil der EU an der Weltbevölkerung wird voraussichtlich zurückgehen.*
- *Legale Wege in die EU stellen eine dringend notwendige Möglichkeit dar, um der schrumpfenden europäischen Erwerbsbevölkerung und der alternden Bevölkerung entgegenzuwirken.*
- *Schnelles Bevölkerungswachstum kann weltweit schwerwiegende Folgen für das Wohlergehen der Menschheit haben.*
- *Armut und Ungleichheit müssen bekämpft und eine inklusive nachhaltige Entwicklung für alle gewährleistet werden.*
- *Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sowie die internationalen Partner müssen alle Anstrengungen zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Nachhaltigen Entwicklungsziele verdoppeln und dürfen dabei niemanden zurücklassen.*
- *Die Ukraine wird die Hilfe der EU brauchen, und die EU muss ihren Werten und Verpflichtungen gerecht werden.*

Quellenangaben

Die S&D Fraktion hat sich eingehend mit dem Problem des demografischen Wandels beschäftigt. Sie hat Initiativberichte im Ausschuss für regionale Entwicklung erarbeitet, die vom Europäischen Parlament angenommen wurden:

- in früheren Legislaturperioden:

[Kerstin Westphal Bericht über den demografischen Wandel und seine Folgen für die künftige Kohäsionspolitik der EU](#) (2011);

[Iratxe García Pérez Bericht über die Bereitstellung kohäsionspolitischer Instrumente durch Regionen zur Bewältigung des demografischen Wandels](#) (2017).

- in dieser Legislaturperiode:

Beitrag der S&D Fraktion zum [Daniel Buda \(EVP\) Bericht über die Umkehrung demografischer Trends in den Regionen der EU mithilfe von Instrumenten der Kohäsionspolitik](#) (Schattenberichterstatterin C. Maestre Martin de Almagro) (2021).

Zusätzlich zu den vom EP angenommenen Initiativberichten werden berücksichtigt:

- [Rechtsrahmen der Kohäsionspolitik 2021 - 2027](#) einschließlich der Verordnungen mit gemeinsamen Bestimmungen (CPR), des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds (EFRE-KF), des Fonds für einen gerechten Übergang und anderer.

- [Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen](#) (2015)
- [Übereinkommen von Paris](#) (2015)
- [Neue urbane Agenda der Vereinten Nationen](#) (2016)
- [Die urbane Agenda für die EU](#) (2016)
- [Cork 2.0. Erklärung „Für ein besseres Leben im ländlichen Raum“](#) (2016)
- [Europäische Säule sozialer Rechte](#) (2017) und ihr Aktionsplan (2021)
- [GLOBAL TRENDS TO 2030: Challenges and Choices for Europe \(ESPAS - European Strategy and Policy Analysis System; An inter-institutional EU project\)](#) (2019)
- [Weißbuch zur Zukunft Europas](#), Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien (2017)
- [Addressing brain drain: The local and regional dimension](#) (Europäischer Ausschuss der Regionen 2018)
- [Reflexionspapier der EU-Kommission "Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030"](#) (2019)
- [OECD principles on Urban policy and Rural policy](#) (2019)
- [Briefing \(EPRS\) Demographic trends in EU regions](#) (2019)
- [Der europäische Grüne Deal](#) (2019)
- [Auf dem Weg zu einer immer nachhaltigeren Union bis 2030 – Schlussfolgerungen des Rates](#) (2019)
- [Bericht der EU-Kommission über die Auswirkungen des demografischen Wandels](#) (2020)
- [Die Neue Leipzig-Charta](#) (2020)
- ["Territoriale Agenda 2030"](#) (2020)
- [Demografischer Ausblick für die Europäische Union](#) (Studie des Europaparlaments, 2021)
- [EP-Studie für den REGI-Ausschuss – Kohäsionspolitik und Klimawandel](#) (2021)
- [Positionspapier der S&D Fraktion](#) zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten (2021)
- [Positionspapier der S&D Fraktion: Auf dem Weg zu einer europäischen Strategie für psychische Gesundheit](#) (2022)
- [Kommissionsmitteilung: Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittländern](#) (2022)
- [S&D Webinar](#) zu demografischen Herausforderungen am 16.11.2021, mit Vertretern der Europäischen Kommission, Wissenschaftlern und anderen bekannten Experten zum Thema Demografie